

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2007 — 3386

[C - 2007/33053]

4. JUNI 2007 — Dekret über den nicht dringenden Krankentransport (1)

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

KAPITEL I — Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1 - Bei der Anwendung vorliegenden Dekretes versteht man unter:

1. Krankentransport: jede nicht dringende Beförderung eines Patienten, inbegriffen die Beförderung eines Patienten zwischen zwei Krankenhäusern, durch einen Krankenwagen, mit Ausnahme der Transporte, die in den Anwendungsbereich des Gesetzes vom 8. Juli 1964 über die dringende medizinische Hilfe fallen;
2. Patient: jede Person, deren Gesundheitszustand eine Beförderung mittels eines Krankenwagens erforderlich macht;
3. Krankenwagen: Fahrzeug, dessen Ausstattung die Beförderung eines Patienten im Sitzen und im Liegen sowie dessen erforderlichen medizinische Überwachung und Versorgung ermöglicht;
4. Krankentransportdienst: jede juristische oder natürliche Person, die anerkannt wurde, um im deutschen Sprachgebiet Krankentransporte vorzunehmen;
5. Sanitäter: jede natürliche Person, die die in Artikel 3 § 2 Nummer 1 vorliegenden Dekretes festzulegenden Bedingungen erfüllt, um einen Krankenwagen zu begleiten.

KAPITEL II — Anerkennung

Art. 2 - § 1 - Jeder Krankentransportdienst, der einen Krankentransport im deutschen Sprachgebiet durchführt, muss gemäß nachstehender Bestimmungen von der Regierung anerkannt sein. Jeder anerkannte Dienst muss auf allen Rechnungen und anderen offiziellen Dokumenten seine Anerkennung durch die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vermerken.

Um anerkannt zu werden, müssen die Krankentransportdienste den im vorliegenden Dekret festgelegten Anerkennungsbedingungen und ihren Ausführungsbestimmungen genügen.

Die Anerkennung wird durch die Regierung für eine Höchstdauer von 6 Jahren ausgesprochen. Sie kann jeweils für eine Höchstdauer von 6 Jahren verlängert werden.

§ 2 - Für die betreffenden Dienste, die zum ersten Mal einen Antrag auf Anerkennung einreichen, wird eine vorläufige Anerkennung für einen Zeitraum von 6 Monaten ausgesprochen. Sie kann einmal für einen weiteren Zeitraum von 6 Monaten verlängert werden.

Unbeschadet der in Ausführung von Artikel 8 festgelegten Übergangsbestimmungen darf die Tätigkeit eines Krankentransportdienstes erst ab Inkrafttreten der vorläufigen Anerkennung aufgenommen werden.

§ 3 - Wenn die Bedingungen, die der vorläufigen Anerkennung oder der Anerkennung zu Grunde liegen, nicht mehr durch den Krankentransportdienst erfüllt sind, kann die Regierung die Anerkennung aussetzen oder entziehen. Ab Aussetzung oder Entzug der Anerkennung ist der Betreiber verpflichtet, seine Tätigkeit unmittelbar einzustellen. Bei der Aussetzung der Anerkennung kann der Betreiber seine Tätigkeit erst nach Aufhebung der Aussetzung wieder aufnehmen.

Wenn durch die Missachtung der Anerkennungsbedingungen die Sicherheit und die Gesundheit der Patienten gefährdet sind, entzieht die Regierung dem Krankentransportdienst im Rahmen eines Eilverfahrens die vorläufige Anerkennung oder die Anerkennung.

§ 4 - Die Regierung legt das Verfahren zur vorläufigen Anerkennung, zur Anerkennung sowie zur Aussetzung oder zum Entzug der Anerkennung im normalen und im Eilverfahren fest, sowie das Verfahren zur Verlängerung oder zur Ablehnung der Verlängerung der vorläufigen Anerkennung oder der Anerkennung.

Vor dem Entzug oder dem Aussetzen der vorläufigen Anerkennung oder der Anerkennung hat der Betroffene die Möglichkeit, der Regierung seinen Standpunkt darzulegen.

Art. 3 - § 1 - Die Regierung entscheidet über den Antrag der Anerkennung nach Gutachten der zuständigen Fachabteilung des Ministeriums.

Die Regierung kann in begründeten Ausnahmefällen bei der Erteilung einer vorläufigen Anerkennung von den in Ausführung von § 2 vorliegenden Artikels festgelegten Bedingungen abweichen.

§ 2 - Die durch die Regierung festgelegten Anerkennungsbedingungen beziehen sich auf:

1. Die Qualifikation der Sanitäter und die Gleichstellungen zu diesen Qualifikationen sowie die jährliche Fortbildung der Sanitäter. Zwei Sanitäter müssen bei jedem Krankentransport mitfahren;
2. Die Bestimmungen bezüglich Hygiene;
3. Die Ausführung der Aufgaben eines Krankentransportdienstes;
4. Die logistischen Vorgaben zur bedarfsgerechten Beförderung der Patienten;
5. Die technischen Normen des Krankenwagens;
6. Die Ausstattung des Krankenwagens;
7. Die Höchstarife und die Kriterien zur Errechnung des Tarifes, die durch die Krankentransportdienste für einen Krankentransport vom Patienten verlangt werden können. Die durch den Krankentransportdienst angewandten Tarife müssen vor Beginn des Krankentransportes den Betroffenen mitgeteilt werden sowie sichtbar im Krankenwagen angebracht werden und auf der Rechnung vermerkt sein;

8. Die Modalitäten zur Qualitätssicherung inbegriffen eines Verlaufsprotokolls des Transportes;

9. Die Modalitäten bezüglich der Zusammenarbeit mit einem Apotheker.

§ 3 - Um anerkannt zu werden, müssen die Krankentransportdienste für den Dienst und für jeden Mitarbeiter des Dienstes eine Haftpflichtversicherung abschließen.

KAPITEL III — *Beschwerden*

Art. 4 - § 1 - Jede betroffene Person kann sich bei Fragen bezüglich der Funktionsweise eines Krankentransportdienstes an den durch die Regierung bezeichneten Beamten der zuständigen Fachabteilung des Ministeriums, nachstehend Beamter genannt, wenden.

§ 2 - Beschwerden zur Funktionsweise eines Krankentransportdienstes müssen schriftlich an den Beamten gerichtet werden.

Der Beamte informiert unverzüglich nach Erhalt der Beschwerde den zuständigen Minister und den Leiter des betroffenen Krankentransportdienstes über die Beschwerde unter Einhaltung der Anonymität des Klägers, insofern dieser dies wünscht.

Wenn eine Vermittlung möglich scheint und dies vom Kläger gewünscht wird, erfolgt diese durch den Beamten zwischen dem Kläger und dem Leiter des Krankentransportdienstes. Der Beamte macht Lösungsvorschläge, um den Konflikt beizulegen.

Der Leiter des Krankentransportdienstes informiert den Beamten über die Umsetzung der aufgrund der Vermittlung festgelegten Änderungen.

Der Beamte informiert den zuständigen Minister und den Kläger über das Resultat des Beschwerde- und Schlichtungsverfahrens.

§ 3 - Die im vorliegenden Artikel festgelegte Informations- und Beschwerdemöglichkeit muss mit dem Hinweis auf die Anschrift und Telefonnummer des Beamten auf den durch den Krankentransportdienst ausgestellten Rechnungen vermerkt sein.

KAPITEL IV — *Kontroll- und Strafbestimmungen*

Art. 5 - Jeder, der einen Krankentransportdienst betreibt, ohne in Anwendung vorliegenden Dekretes über eine vorläufige Anerkennung oder eine Anerkennung zu verfügen oder trotz Aussetzung oder Entzug der vorläufigen Anerkennung oder Anerkennung weiterhin einen Krankentransportdienst betreibt, kann zu einer Haftstrafe von drei Monaten bis zu zwei Jahre und zu einem Bußgeld in Höhe von 1.000 bis 10.000 EUR oder nur zu einer dieser beiden Strafen verurteilt werden. Im Wiederholungsfall können diese Strafen verdoppelt werden.

Jeder, der andere Regeln vorliegenden Dekretes oder dessen Ausführungsbestimmungen missachtet oder aber die durch das vorliegende Dekret oder seine Ausführungsbestimmungen vorgesehene Kontrolle behindert oder verhindert, kann unbeschadet der Aussetzung oder des Entzuges der Anerkennung zu einer Haftstrafe von 15 Tagen bis 6 Monate und zu einem Bußgeld in Höhe von 100 bis 5.000 EUR oder zu einer dieser beiden Strafen verurteilt werden. Im Wiederholungsfall können diese Strafen verdoppelt werden.

Art. 6 - Die Regierung bezeichnet die Beamten, die mit der Kontrolle der Einhaltung der Bestimmungen vorliegenden Dekretes und dessen Ausführungsbestimmungen beauftragt werden.

Diese Beamten haben Zugang zu den Krankentransportdiensten und den Krankenwagen und können sich alle Dokumente aushändigen lassen und alle Informationen abfragen, die für die Ausübung ihrer Aufgabe erforderlich sind.

Die Beamten können jede Person über einen Tatbestand befragen, dessen Kenntnis für die Kontrollaufgabe nützlich ist.

Die Beamten erstellen einen Bericht über ihre Feststellungen, die bis zum gegenteiligen Beweis als erwiesen gelten. Der Bericht wird dem zuständigen Minister übermittelt. Eine Abschrift des Berichts wird dem Übertreter innerhalb von 15 Tagen nach Feststellung der Missachtungen zu vorliegendem Dekret und dessen Ausführungsbestimmungen gestellt.

Die Beamten können für die Ausübung ihrer Kontrolle die Unterstützung der polizeilichen Dienste beantragen.

KAPITEL V — *Schlussbestimmungen*

Art. 7 - Die Regierung legt dem Parlament alle zwei Jahre im Laufe des ersten Jahresquartals einen Bericht über die nicht dringenden Krankentransporte vor.

Dieser Bericht betrifft die beiden letzten abgelaufenen Kalenderjahre und umfasst unter anderem folgende statistische Elemente:

- die Auflistung der vorläufig und definitiv anerkannten Krankentransportdienste,
- die Anzahl zugelassener Sanitäter und Fahrzeuge je Krankentransportdienst,
- die Anzahl eingegangener Beschwerden,
- die Anzahl noch offener und die Anzahl abschließend behandelter Beschwerden,
- die Auflistung der Maßnahmen, die aufgrund der Beschwerden getroffen worden sind.

Ein erster Bericht ist im ersten Jahresquartal des Jahres 2010 zu hinterlegen.

Art. 8 - Die Regierung legt die Bedingungen fest, unter denen den vor Inkrafttreten vorliegenden Dekretes bestehenden Krankentransportdiensten ab Inkrafttreten vorliegendem Dekretes bis zum Zeitpunkt der Entscheidung bezüglich der beantragten vorläufigen Anerkennung erlaubt werden kann ihre bisherigen Tätigkeiten fortzuführen.

Die Regierung legt auch die Übergangsbestimmungen bezüglich der Qualifikation der Sanitäter fest, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens vorliegenden Dekretes bereits Krankentransporte begleiteten.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das Belgische Staatsblatt veröffentlicht wird.
Eupen, den 4. Juni 2007

Der Ministerpräsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
Minister für lokale Behörden
K.-H. LAMBERTZ

Der Vize-Ministerpräsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
Minister für Ausbildung und Beschäftigung, Soziales und Tourismus
B. GENTGES

Der Minister für Unterricht und wissenschaftliche Forschung
O. PAASCH

Der Ministerin für Kultur und Medien, Denkmalschutz, Jugend und Sport
I. WEYKMANS

Notes

(1) *Sitzungsperiode 2006-2007:*

Dokumente des Parlamentes — Nr. 1 Dekretentwurf — Nr. 2 Abänderungsvorschlag — Nr. 3 Bericht + Erratum.
Ausführlicher Bericht. — Diskussion und Abstimmung - Sitzung vom 4. Juni 2007.

TRADUCTION

MINISTÈRE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 2007 — 3386

[C - 2007/33053]

4 JUIN 2007. — Décret relatif au transport non urgent de patients (1)

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE I^{er}. — *Dispositions générales*

Article 1^{er}. Pour l'application du présent décret, l'on entend par :

1° transport de patients : tout transport non urgent d'un patient par ambulance, y compris les transferts interhospitaliers, à l'exception des transports régis par la loi du 8 juillet 1964 relative à l'aide médicale urgente;

2° patient : toute personne dont l'état de santé nécessite un transport en ambulance;

3° ambulance : tout véhicule dont l'équipement permet d'assurer le transport d'un patient en position assise ou couchée ainsi que la surveillance et les soins médicaux requis;

4° service de transport de patients : toute personne morale ou physique agréée pour assurer le transport de patients en région de langue allemande;

5° ambulancier : toute personne physique remplissant les conditions fixées à l'article 3, § 2, 1°, du présent décret pour convoyer une ambulance.

CHAPITRE II. — *Agrément*

Art. 2. § 1^{er}. Tout service de transport de patients qui effectue un transport de patients en région de langue allemande doit être agréé par le Gouvernement conformément aux dispositions suivantes. Tout service agréé doit mentionner son agrément par le Gouvernement de la Communauté germanophone sur toutes les factures et tous les autres documents officiels.

Pour être agréés, les services doivent satisfaire aux conditions d'agrément figurant dans le présent décret et à leurs dispositions d'exécution.

L'agrément est octroyé par le Gouvernement pour une période de six ans au plus qui peut être renouvelée chaque fois pour la même durée.

§ 2. Les services qui introduisent pour la première fois une demande d'agrément obtiennent un agrément provisoire de six mois. Cet agrément peut être renouvelé une fois pour la même durée. Sans préjudice des dispositions transitoires fixées en exécution de l'article 8, un service de transport de patients ne peut commencer ses activités qu'après entrée en vigueur de l'agrément provisoire.

§ 3. Lorsqu'un service de transport de patients ne remplit plus les conditions mises à l'agrément provisoire ou à l'agrément, le Gouvernement peut suspendre ou retirer cet agrément. A partir de la suspension ou du retrait, l'exploitant doit cesser immédiatement ses activités. Dans le cas d'une suspension, il ne peut les reprendre qu'une fois celle-ci levée.

Lorsque la sécurité et la santé des patients sont menacées par le non-respect des conditions d'agrément, le Gouvernement retire d'urgence l'agrément ou l'agrément provisoire au service de transport de patients.

§ 4. Le Gouvernement fixe la procédure, normale ou d'urgence, pour l'agrément provisoire, l'agrément, la suspension et le retrait de l'agrément, ainsi que la procédure pour l'octroi ou le refus de prolongation de l'agrément provisoire ou de l'agrément.

Avant le retrait ou la suspension de l'agrément provisoire ou de l'agrément, l'intéressé a la possibilité de présenter son point de vue au Gouvernement.

Art. 3. § 1^{er}. Le Gouvernement statue sur la demande d'agrément après avoir pris l'avis de la division compétente du Ministère.

Dans des cas exceptionnels motivés, le Gouvernement peut, lors de l'octroi d'un agrément provisoire, déroger aux conditions fixées en application du § 2 du présent article.

§ 2. Les conditions d'agrément fixées par le Gouvernement concernent :

- 1° la qualification des ambulanciers et les équivalences à cette qualification ainsi que leur formation continuée annuelle. Chaque transport requiert la présence de deux ambulanciers;
- 2° l'hygiène;
- 3° l'exécution des missions d'un service de transport de patients;
- 4° les prescriptions logistiques pour un transport approprié des patients;
- 5° les normes techniques de l'ambulance;
- 6° l'équipement de l'ambulance;
- 7° les tarifs maximaux et les critères appliqués pour calculer le tarif que les services de transport de patients peuvent demander à un patient. Les tarifs pratiqués par le service de transport de patients doivent être communiqués à l'intéressé avant le début du transport, affichés de manière visible dans l'ambulance et indiqués sur la facture;
- 8° les modalités pour garantir la qualité, y compris un procès-verbal sur le déroulement du transport,
- 9° les modalités de coopération avec un pharmacien.

§ 3. Pour être agréés, les services de transport de patients doivent contracter une assurance en responsabilité civile pour le service et pour chacun des collaborateurs du service.

CHAPITRE III. — *Recours*

Art. 4. § 1^{er}. Toute personne concernée peut, lorsqu'elle a des questions relatives au fonctionnement d'un service de transport de patients, s'adresser au fonctionnaire de la division compétente du Ministère, appelé ci-après "le fonctionnaire", désigné par le Gouvernement.

§ 2. Les recours quant au fonctionnement d'un service de transport de patients doivent être adressés par écrit au fonctionnaire.

Dès réception du recours, le fonctionnaire informe le ministre compétent et le directeur du service de transport de patients concerné, en respectant l'anonymat du plaignant qui le souhaite. Lorsqu'une médiation semble possible entre le plaignant et le service de transport de patients et si tel est le souhait du plaignant, c'est le fonctionnaire qui assure cette médiation. Il propose des solutions pour résoudre le conflit.

Le directeur du service de transport de patients informe le fonctionnaire de la réalisation des modifications fixées sur la base de la conciliation.

Le fonctionnaire informe le ministre compétent et le plaignant des résultats de la procédure de recours et de médiation.

§ 3. Les factures établies par le service de transport de patients doivent mentionner la possibilité d'information et de recours fixée dans le présent article ainsi que l'adresse et le numéro de téléphone du fonctionnaire.

CHAPITRE IV. — *Dispositions de contrôle et dispositions pénales*

Art. 5. Quiconque exploite un service de transport de patients sans disposer, en application du présent décret, d'un agrément provisoire ou d'un agrément ou continue de l'exploiter bien que l'agrément provisoire ou l'agrément a été suspendu ou retiré, est passible d'une peine d'emprisonnement de trois mois à deux ans et d'une amende de 1.000 à 10.000 EUR ou d'une de ces peines seulement. En cas de récidive, ces peines peuvent être doublées.

Quiconque ne respecte pas d'autres règles du présent décret ou de ses dispositions d'exécution ou entrave voire empêche le contrôle qu'elles prévoient est, sans préjudice de la suspension ou du retrait de l'agrément, passible d'une peine d'emprisonnement de quinze jours à six mois et d'une amende de 100 à 5.000 EUR ou d'une de ces peines seulement. En cas de récidive, ces peines peuvent être doublées.

Art. 6. Le Gouvernement désigne les fonctionnaires chargés de contrôler le respect des dispositions du présent décret et de ses dispositions d'exécution.

Ces fonctionnaires ont accès aux services de transport des patients et aux ambulances et peuvent se faire remettre tous les documents et toutes les informations nécessaires à l'exercice de leur mission.

Les fonctionnaires peuvent interroger toute personne sur un fait dont la connaissance est utile pour la mission de contrôle.

Les fonctionnaires rédigent un rapport sur leurs constatations qui valent jusqu'à preuve du contraire. Le rapport est transmis au ministre compétent. Une copie du rapport est adressée au contrevenant dans les 15 jours de la constatation du non-respect du présent décret et de ses dispositions d'exécution.

Les fonctionnaires peuvent demander le soutien des services de police pour exercer leurs contrôles.

CHAPITRE V. — *Dispositions finales*

Art. 7. Tous les deux ans, au cours du premier trimestre, le Gouvernement soumet au Parlement un rapport sur les transports non urgents de patients.

Ce rapport porte sur les deux dernières années civiles et comprend entre autres les données statistiques suivantes

- la liste des services de transport de patients, agréés ou agréés à titre provisoire;
- le nombre d'ambulanciers et de véhicules autorisés par service de transport de patients;
- le nombre de recours introduits;
- le nombre de recours encore pendants et de recours clôturés.
- la liste des mesures prises à la suite des recours.

Un premier rapport doit être déposé au cours du premier trimestre de l'année 2010.

Art. 8. Le Gouvernement fixe les conditions auxquelles les services de transport de patients existant avant l'entrée en vigueur du présent décret peuvent être autorisés à poursuivre leurs activités entre l'entrée en vigueur du présent décret et la décision concernant la demande d'agrément provisoire.

Le Gouvernement détermine également les dispositions transitoires relatives à la qualification des ambulanciers qui accompagnaient déjà des transports de patients au moment de l'entrée en vigueur du présent décret.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Eupen, le 4 juin 2007.

Le Ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone, Ministre des Pouvoirs locaux,
K.-H. LAMBERTZ

Le Vice-Ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone,
Ministre de la Formation et de l'Emploi, des Affaires sociales et du Tourisme,
B. GENTGES

Le Ministre de l'Enseignement et de la Recherche scientifique,
O. PAASCH

Le Ministre de la Culture et des Médias, de la Protection des Monuments, de la Jeunesse et des Sports,
I. WEYKMANS

Notes

(1) *Session 2006-2007* :

Documents parlementaires. — N° 1 : Projet de décret. — N° 2 : Proposition d'amendement. — N° 3 : Rapport. *Compte rendu intégral*. — Discussion et vote. Séance du 4 juin 2007.

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2007 — 3386

[C - 2007/33053]

4 JUNI 2007. — Decreet betreffende het niet-dringend ziekenvervoer (1)

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :

HOOFDSTUK I. — *Algemene bepalingen*

Artikel 1. Voor de toepassing van dit decreet verstaat men onder :

1° ziekenvervoer : elk niet-dringend vervoer per ziekenwagen van een patiënt - interhospitaal vervoer inbegrepen - met uitzondering van het vervoer geregeld door de wet van 8 juli 1964 betreffende de dringende geneeskundige hulpverlening;

2° patiënt : elke persoon wiens gezondheidstoestand een vervoer per ziekenwagen vereist;

3° ziekenwagen : elk voertuig waarvan de uitrusting het zittend of liggend vervoer van een patiënt alsmede de nodige medische bewaking en verzorging mogelijk maakt;

4° dienst voor ziekenvervoer : elke rechtspersoon of natuurlijke persoon die erkend werd om ziekenvervoer in het Duitse taalgebied te verrichten;

5° ambulancier : elke natuurlijke persoon die aan de in artikel 3, § 2, 1°, van dit decreet vastgelegde bepalingen voldoet om een ziekenwagen te begeleiden.

HOOFDSTUK II. — *Erkenning*

Art. 2. § 1. Elke dienst voor ziekenvervoer die in het Duitse taalgebied een ziekenvervoer verricht, moet overeenkomstig navolgende bepalingen door de Regering erkend zijn. Elke erkende dienst moet op alle facturen en overige officiële documenten zijn erkenning door de Regering van de Duitstalige Gemeenschap vermelden.

Om erkend te worden moeten de diensten aan de in dit decreet vastgelegde erkenningsvoorwaarden en aan de uitvoeringsbepalingen ervan voldoen.

De erkenning wordt door de Regering voor ten hoogste 6 jaar toegekend. Ze kan telkens voor dezelfde duur worden verlengd.

§ 2. De diensten die voor het eerst een aanvraag om erkenning indienen, krijgen een voorlopige erkenning voor een eenmalig hernieuwbare duur van 6 maanden.

Onverminderd de met toepassing van artikel 8 vastgelegde overgangsbepalingen mag een dienst voor ziekenvervoer zijn activiteiten pas vanaf de inwerkingtreding van de voorlopige erkenning beginnen.

§ 3. Wanneer de dienst voor ziekenvervoer aan de voorwaarden voor de voorlopige erkenning of voor de erkenning niet meer voldoet, kan de Regering de erkenning schorsen of intrekken. Vanaf de schorsing of intrekking is de exploitant verplicht zijn activiteiten onmiddellijk stop te zetten. Bij schorsing van de erkenning kan de exploitant pas na opheffing ervan zijn activiteiten hervatten.

Worden de veiligheid en de gezondheid van de patiënt door de niet-naleving van de erkenningsvoorwaarden bedreigd, trekt de Regering onmiddellijk de erkenning of voorlopige erkenning van de dienst voor ziekenvervoer in.

§ 4. De Regering bepaalt de normale of spoedprocedure voor de voorlopige erkenning, de erkenning, de schorsing of de intrekking van de erkenning, alsmede de procedure voor de toekenning of weigering van de verlenging van de erkenning of voorlopige erkenning.

Vóór de intrekking of schorsing van de voorlopige erkenning of van de erkenning heeft de betrokkene de mogelijkheid zijn standpunt aan de Regering uiteen te zetten.

Art. 3. § 1. De Regering beslist over de aanvraag om erkenning na het advies van de bevoegde afdeling van het Ministerie te hebben ingewonnen.

In bijzondere uitzonderingsgevallen kan de Regering bij de toekenning van een voorlopige erkenning van de met toepassing van § 2 van dit artikel vastgelegde voorwaarden afwijken.

§ 2. De door de Regering vastgelegde erkenningsvoorwaarden hebben betrekking op :

1° de kwalificaties van de ambulanciers en de gelijkstellingen met deze kwalificaties alsmede de jaarlijkse voortgezette opleiding van de ambulanciers; bij elk ziekenvervoer moeten twee ambulanciers aanwezig zijn;

2° de hygiëne;

3° de vervulling van de opdrachten van een dienst voor ziekenvervoer;

4° de logistieke voorschriften voor een vervoer dat aan de gezondheidstoestand van de patiënt aangepast is;

5° de technische normen van de ziekenwagen;

6° de uitrusting van de ziekenwagen;

7° de maximumtarieven en de criteria die worden toegepast om het tarief te berekenen dat door de dienst voor ziekenvervoer aan de patiënt kan worden gevraagd. De door de dienst voor ziekenvervoer toegepaste tarieven moeten vóór het begin van het ziekenvervoer aan de betrokkene worden medegedeeld, in de ziekenwagen zichtbaar worden aangebracht en op de factuur worden vermeld;

8° de modaliteiten van de kwaliteitscontrole, met inbegrip van een proces-verbaal m.b.t. het verloop van het vervoer;

9° de modaliteiten van de samenwerking met een apotheker.

§ 3. Om erkend te worden moeten de diensten voor ziekenvervoer een verzekering inzake burgerlijke aansprakelijkheid voor de dienst en voor elke medewerker van de dienst aangaan.

HOOFDSTUK III. — *Beroepen*

Art. 4. § 1. Voor problemen in verband met de werkwijze van een dienst voor ziekenvervoer kan zich elke belanghebbende aan de door de Regering aangewezen ambtenaar van de bevoegde afdeling van het Ministerie, hierna ambtenaar genoemd, richten.

§ 2. Beroepen met betrekking tot de werkwijze van een ziekenvervoer moeten bij de ambtenaar schriftelijk worden ingediend.

Na ontvangst van het beroep brengt de ambtenaar de bevoegde minister en de directeur van de betrokken dienst voor ziekenvervoer er onmiddellijk op de hoogte van, met inachtneming van de anonimiteit van de klager, als deze daarom verzoekt.

Als er tussen de klager en de directeur van de dienst voor ziekenvervoer een bemiddelingsmogelijkheid bestaat en als de klager daarom verzoekt, dan wordt deze bemiddeling door de ambtenaar uitgevoerd. Hij stelt conflictoplossingen voor.

De directeur van de dienst voor ziekenvervoer informeert de ambtenaar over de uitvoering van de wijzigingen bepaald op grond van de bemiddeling.

De ambtenaar informeert de bevoegde minister en de klager over het resultaat van de beroeps- en bemiddelingsprocedure.

§ 3. De in dit artikel vastgelegde informatie- en beroepsmogelijkheid alsmede het adres en de telefoonnummer van de ambtenaar moeten worden vermeld op de door de dienst voor ziekenvervoer opgestelde facturen.

Hoofdstuk IV. — *Controle- en strafbepalingen*

Art. 5. Degene die een dienst voor ziekenvervoer zonder erkenning of voorlopige erkenning - zoals bepaald door dit decreet - uitbaat, of zo'n dienst verder uitbaat, hoewel zijn erkenning geschorst of ingetrokken werd, kan met drie maanden à twee jaar opsluiting en met een boete van 1.000 tot 10.000 EUR of met één van die straffen worden gestraft. Bij herhaling kunnen deze straffen worden verdubbeld.

Degene die andere regels van dit decreet of van de uitvoeringsbepalingen ervan overtreedt of die de bij dit decreet of de uitvoeringsbepalingen ervan voorgeschreven controle belet of belemmert, kan onverminderd de schorsing of de intrekking van de erkenning met vijftien dagen à 6 maanden opsluiting en met een boete van 100 tot 5000 EUR of met één van die straffen worden gestraft. Bij herhaling kunnen deze straffen worden verdubbeld.

Art. 6. De Regering wijst de ambtenaren aan die zullen toezien op de naleving van de bepalingen van dit decreet en van de uitvoeringsbepalingen ervan.

Deze ambtenaren hebben toegang tot de diensten voor ziekenvervoer en tot de ziekenwagen en kunnen om alle informatie verzoeken die nodig is om hun opdracht te vervullen.

De ambtenaren mogen elke persoon ondervragen over elk feit waarvan de kennis nuttig is om toezicht uit te oefenen.

De ambtenaren nemen hun vaststellingen, die behoudens tegenbewijs geldig blijven, in een verslag op. Het verslag wordt aan de bevoegde minister overgezonden. Een afschrift ervan wordt aan de overtreder gestuurd binnen 15 dagen nadat de overtredingen van dit decreet of van de uitvoeringsbepalingen ervan zijn vastgesteld.

Om hun controle uit te oefenen mogen de ambtenaren een beroep doen op de politiediensten.

HOOFDSTUK V. — Slotbepalingen

Art. 7. Om de twee jaar, in de loop van het eerste trimester, legt de Regering het Parlement een verslag voor over het niet dringend ziekenvervoer.

Dit verslag betreft de laatste twee kalenderjaren en bevat o.a. de volgende statistische gegevens :

- de lijst van de voorlopig en definitief erkende diensten voor ziekenvervoer;
- het aantal toegelaten ambulanciers en voertuigen per dienst voor ziekenvervoer;
- het aantal ingediende beroepen;
- het aantal nog hangende en al afgewerkte beroepen;
- de lijst der maatregelen die op grond van de beroepen werden genomen.

Een eerste verslag dient in het eerste trimester van het jaar 2010 te worden neergelegd.

Art. 8. De Regering legt de voorwaarden vast waaronder de vóór de inwerkingtreding van dit decreet al bestaande diensten voor ziekenvervoer kunnen worden toegelaten hun activiteiten voort te zetten tussen de inwerkingtreding van dit decreet en de beslissing betreffende de aangevraagde voorlopige erkenning.

De Regering legt ook de overgangsbepalingen vast met betrekking tot de kwalificaties van de ambulanciers die bij de inwerkingtreding van dit decreet al ziekenvervoer begeleidde.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakt wordt.

Eupen op 4 juni 2007.

De Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,
Minister van Lokale Besturen,
K.-H. LAMBERTZ

De Vice-Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,
De Minister van Vorming en Werkgelegenheid, Sociale Aangelegenheden en Toerisme,
B. GENTGES

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek,
O. PAASCH

De Minister van Cultuur en Media, Monumentenzorg, Jeugd en Sport,
I. WEYKMANS

—
Nota's

(1) *Zitting 2006-2007* :

Parlementaire stukken. — Nr 1 : Ontwerp van decreet. — Nr 2 : Voorstel tot wijziging. — Nr 3 : Verslag. *Integraal verslag*. — Bespreking en aanneming. Zitting van 4 juni 2007.

REGION WALLONNE — WALLONISCHE REGION — WAALS GEWEST

MINISTERE DE LA REGION WALLONNE

F. 2007 — 3387

[2007/202467]

14 JUIN 2007. — Arrêté du Gouvernement wallon décidant de faire réaliser une étude d'incidences sur l'avant-projet de révision du plan de secteur de Nivelles en vue de promouvoir l'usage du RER aux alentours de la future gare RER de Braine-l'Alliance

Le Gouvernement wallon,

Vu l'arrêté du Gouvernement wallon du 6 octobre 2005 fixant la répartition des compétences entre les Ministres et réglant la signature des actes du Gouvernement;

Vu l'arrêté du Gouvernement wallon du 26 août 2004 portant règlement du fonctionnement du Gouvernement modifié par les arrêtés du Gouvernement wallon des 16 septembre 2004 et 15 avril 2005;

Vu le Code wallon de l'Aménagement du Territoire, de l'Urbanisme, du Patrimoine et de l'Energie, notamment les articles 42 et 46;

Vu le schéma de développement de l'espace régional wallon adopté par le Gouvernement le 27 mai 1999;

Vu l'arrêté royal du 1^{er} décembre 1981 établissant le plan de secteur Nivelles modifié par les arrêtés des 6 septembre 1991, 6 août 1992, 30 octobre 1993, 2 mars 1995, 23 juillet 1998, 1^{er} avril 1999, 22 avril 2004 et 30 septembre 2004;

Vu l'arrêté du Gouvernement wallon du 19 avril 2007 décidant la mise en révision du plan de secteur de Nivelles et adoptant l'avant-projet de révision du plan de secteur de Nivelles en vue de promouvoir l'usage du RER aux alentours de la future gare RER de Braine-l'Alliance;

Considérant, en application de l'article 42 du Code précité, que l'avant-projet de révision du plan de secteur et le projet de contenu de l'étude d'incidences ont été soumis, pour avis, à la Commission régionale d'Aménagement du Territoire, au Conseil wallon de l'Environnement pour le Développement durable et à la Direction générale des Ressources naturelles et de l'Environnement du Ministère de la Région wallonne en date du 26 avril 2007; que les demandes d'avis ont été réceptionnées par ces instances le 27 avril 2007;

Considérant que la Commission régionale d'Aménagement du Territoire, le Conseil wallon de l'Environnement pour le Développement durable et la Direction générale des Ressources naturelles et de l'Environnement n'ont pas transmis leur avis dans le délai de trente jours imparti par le Code; que leurs avis sont dès lors réputés favorables en application de l'article 42, alinéa 5, du Code;